

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einführung	15
I. Entwicklungsgeschichte des Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG	15
II. Gang der Untersuchung	16
B. Die Stufen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs	17
I. Aufgaben und Ziele des bundesstaatlichen Finanzausgleichs	17
1) Vertikale Steuerertragsaufteilung nach Art. 106 GG	17
2) Horizontale Steuerertragsaufteilung gem. Art. 107 Abs.1 GG	18
3) Der Länderfinanzausgleich	19
a) Sinn und Zweck der Regelung	19
aa) Angemessener Ausgleich	19
bb) Korrektur der Ergebnisse der primären Steuerverteilung	19
b) Einfachgesetzliche Umsetzung	20
aa) Bestimmung der Finanzkraftmess- und Ausgleichsmess- zahl	20
bb) Funktionsweise des Ausgleichs	21
4) Sekundärer vertikaler Finanzausgleich	22
a) Einordnung der Bundesergänzungszuweisungen	22
b) Funktion der Bundesergänzungszuweisungen	23
c) Erscheinungsformen	24
aa) Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen	25
bb) Die Bedeutung von Sonderbedarfs- Bundesergänzungszuweisungen	25
cc) Zur Einordnung von Übergangs- Bundesergänzungszuweisungen	28
dd) Zur Stellung der Sonder-Bundesergänzungszuweisungen	28
II. Zwischenergebnis	29

C. Gewährungs- und Zulassungsvoraussetzungen	31
I. Vergabe von Bundesergänzungszuweisungen als Ermessensentscheidung des Bundes („ob“ bzgl. der Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen).....	31
1) Wortlautauslegung des Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG	31
2) Systematische Einordnung	32
3) Stellungnahme	34
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen der einzelnen Arten von Bundesergänzungszuweisungen.....	34
1) Der Grundtatbestand der Leistungsschwäche	34
a) Ertrags- und bedarfsgeprägter Begriff.....	35
aa) Vereinbarkeit des relationsgeprägten Begriffs der Leistungsschwäche mit Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG.....	36
bb) Leistungsschwäche und Finanzkraft	37
cc) Zur subsidiären Stellung von Bundesergänzungszuweisungen im Finanzausgleichssystem	38
b) Ausgabenlasten.....	38
c) Ergebnis	39
2) Allgemeine-Bundesergänzungszuweisungen.....	39
a) Begriff der Leistungsschwäche	40
aa) Die Finanzkraft und die Einwohnerzahl der einzelnen Länder als Maßstab für die Bestimmung der Leistungsschwäche	41
bb) Individuelle Deckungsquote zur Bestimmung der Leistungsschwäche	43
cc) Zwischenergebnis	44
b) Unterdurchschnittliche Finanzkraft.....	44
c) Das Maßstäbengesetz als einfachgesetzliche Konkretisierung zu Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG.....	45
d) Das Finanzausgleichsgesetz und Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG.....	47
aa) Grenze für das Vorliegen einer Leistungsschwäche	48
bb) Zwischenergebnis in Bezug auf die 99,5 % Grenze	49
3) Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen.....	49
a) Zu den Begriffen des Sonderbedarfs und der Sonderlast.....	50
b) Arten von Sonderbedarfen	51

aa) Sonderbedarfe als Folge struktureller Gegebenheiten.....	51
bb) Teilungsbedingte Sonderlasten	52
cc) Kosten der Kleinheit.....	52
c) Leistungsschwäche durch Sonderlasten	53
d) Zur systematischen Verortung der Berücksichtigung von Sonderbedarfen in Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG.....	54
aa) Eine Ansicht: Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG umfasst auch Sonderbedarfe	54
bb) Eine andere Auffassung: Sonderbedarfe müssen im Rahmen des Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG unberücksichtigt bleiben	55
cc) Art. 91a und 104b GG als mögliche Alternative zu den Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen.....	57
4) Sonderfall eines Sonderbedarfs (?) – Haushaltsnotlage und Bundesergänzungszuweisungen	59
a) Haushaltsnotlagen nach der Judikatur des BVerfG.....	59
b) Die Berlin-Entscheidung 2006	61
c) Grundsatz bezüglich Sanierungshilfen.....	63
d) Verfassungsrechtliche Verankerung der Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen aufgrund einer Haushaltsnot- lage.....	64
aa) Bundesstaatsprinzip als Grundlage für Sanierungshilfen.....	64
bb) Heranziehung von Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG	66
cc) Zwischenergebnis	67
e) Ausnahmeregelung: Bundesstaatliche Hilfeleistung als ultima ratio.....	67
aa) Zu den Voraussetzungen des bundesstaatlichen Notstands ...	70
bb) Notstand als Spezialfall einer Finanzkrise	71
cc) Ansicht des BVerfG zu den Voraussetzungen der Haushaltsnotlage.....	71
dd) Definition aus der Literatur zum bundesstaatlichen Not- stand.....	74
ee) Stellungnahme bezüglich des Begriffs „bundesstaatlicher Notstand“	74
f) Zur Bedeutung des Grundsatzes „Eigenverantwortlichkeit der Länder“	76

g) Ergebnis: Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG begründet eine Pflicht für den Bund Ergänzungszuweisungen an Länder in extremer Haushaltsnotlage zu gewähren	77
III. Grenzen des Gewährungsermessens („wie“ bzw. in welcher Höhe müssen Bundesergänzungszuweisungen erteilt werden)	77
1) Allgemeine-Bundesergänzungszuweisungen	79
a) § 10 Abs. 3 S. 3 MaßstG als Beschränkung	79
aa) Anwendbarkeit des § 10 Abs. 3 S. 3 MaßstG auf Allgemeine-Bundesergänzungszuweisungen	80
bb) Das finanzielle Leistungsniveau der Länder nach Durchführung des Länderfinanzausgleichs als Begrenzung des Umfangs Allgemeiner-Bundesergänzungszuweisungen	80
cc) § 10 Abs. 3 S. 3 MaßstG: Auslegung des Begriffs „beträchtlich“	81
b) Das sog. „Nivellierungsverbot“	82
aa) Definition des Nivellierungsverbots	83
bb) Das Nivellierungsverbot im Rahmen von Art. 107 Abs. 2 S. 3 GG	83
cc) Verfassungsrechtliche Verankerung des Nivellierungsverbots	84
dd) Beschränkung des Nivellierungsverbots durch das Bundesstaatsprinzip	85
ee) Einschränkung des Nivellierungsverbots durch die durchschnittliche Finanzkraft der Länder	86
ff) § 11 Abs. 2 FAG als zulässige Begrenzung des Nivellierungsverbots unter den Voraussetzungen des Abstandsgebots	87
c) Das föderative Gleichbehandlungsgebot	88
d) Zwischenergebnis	90
2) Grenzen für die Gewährung von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen	90
a) Anwendbarkeit des Nivellierungsverbots	90
aa) Ansicht des BVerfG	90
bb) Ansicht der Literatur	91
cc) Zwischenergebnis	93

b) Keine Beschränkung des Gesamtumfangs von Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen durch § 10 Abs. 3 S. 4 MaßstG	93
c) Zwischenergebnis	94
3) Verfassungsrechtliche Grenzen der Erteilung von Bundesergänzungszuweisungen hinsichtlich einer Haushaltsnotlage 94	
a) Drohende Selbstgefährdung: Grenze der bundesstaatlichen Beistandspflicht	94
b) Das föderative Gleichbehandlungsgebot als Begrenzung von Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen im Rahmen einer Haushaltsnotlage.....	95
D. Zur Föderalismusreform II – Eine Lösung für die Probleme um die Bundesergänzungszuweisungen?.....	99
I. Einführende Überlegung zur Föderalismusreform I und II	100
II. Ein Lösungsansatz: Zusammenlegung der Länder.....	101
III. Insolvenzverfahren für Länder als Lösung der Problemlage um die Gewährung von Bundesergänzungszuweisungen.....	102
IV. Zur sog. „Schuldenbremse“	105
1) Inhaltliche Ausgestaltung der Schuldenbremse	105
2) Keine dauerhafte Lösung des Problemkreises der „Bundesergänzungszuweisungen“	106
E. Eigener Lösungsansatz zur Senkung des zu hohen Niveaus der Bundesergänzungszuweisungen im Finanzausgleichssystem	109
F. Fazit.....	111
Literaturverzeichnis.....	113